

notwendigen Vertrauen in das eigene Volk, erneut eine unabhängige Position in der Mitte Europas wahrnehmen zu können, ohne dabei den Fehlern der Vergangenheit erneut zu verfallen. So gesehen war also Adenauers Westpolitik und der damit verbundene Verzicht auf eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands offensichtlich das wirksamste Mittel und vielleicht das einzige, Deutschland vor sich selbst zu schützen, wie es schon damals der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak gemeint hatte.

Welche Funktion hat denn nun dieses Reden von Wiedervereinigung gehabt? Ich teile nicht ganz die Auffassung, als sei gewissermaßen der internationale Rahmen so vorgegeben gewesen, daß es dazwischen keine Handlungsspielräume mehr gegeben hätte. Man muß bedenken, die Deutschen waren nicht nur Opfer des Kalten Krieges, sie waren auch Akteure des Kalten Krieges, und sie haben – aus einer bestimmten Interessenlage heraus – kräftig an der Aufrechterhaltung der Frontstellung zwischen Ost und West mitgearbeitet. Entscheidend war es in der Tat, um auf diese Weise die Rückkehr zur Souveränität des westdeutschen Teilstaates zu ermöglichen unter Hintansetzung natürlich der Ziele einer Wiedervereinigung Deutschlands. Die Wiedervereinigungsfrage war also für Adenauer weniger eine außen- als eine innenpolitische Frage, eine Frage der inneren Absicherung und Durchsetzung des westlichen Teilstaates Bundesrepublik. Das Offenhalten der deutschen Frage und die permanente Forderung nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, ohne praktisch etwas dafür zu tun, war somit die Integrationsideologie der Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zu sich selbst.

Zum Abschluß möchte ich kurz resümieren: Leistungen und Kosten der Adenauerschen Politik. Es gibt viele, die in unserem Land zur Zeit nicht müde werden immer wieder zu betonen, daß es keinen Beweis gebe, daß Adenauer die Wiedervereinigung nicht gewollt habe. „Er hat daran geglaubt“, schreibt Hans-Peter Schwarz. Nun werden Politiker ja nicht nach ihrem Glauben beurteilt, sondern an ihren Taten gemessen, und es mag sein, daß Adenauer an eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands geglaubt hat. Doch, um in diesem Bild zu bleiben, ein praktizierender Gläubiger in Sachen Wiedervereinigung war er jedenfalls nicht. Die These, wonach Adenauer die Einheit Deutschlands nur zu gerne wieder hergestellt hätte, wenn die internationale Lage dies erlaubt hätte, greift zu kurz. Die Option für den Westen erfolgte zu einer Zeit, als gesamtdeutsche Lösungen noch keineswegs vollends ausgeschlossen waren. Adenauers entschlossener Kampf gegen jedes gesamtdeutsche Arrangement erweiterte und verengte zugleich seinen außen- und deutschlandpolitischen Handlungsspielraum. Adenauer und die ihn tragende Mehrheit der Westdeutschen insgesamt waren eben nicht nur Opfer, sondern Akteure des Kalten Krieges, die Zug um Zug die Spaltung Deutschlands vertieften. Adenauers oberstes Ziel, die rasche Rückkehr zu Souveränität, war nur auf der Basis eines demokratisch verfassten, fest in

die westliche Hemisphäre verankerten westdeutschen Staates möglich. Seine große Leistung besteht darin, einen neuen, nach außen verlässlichen, nach innen stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Staat aufgebaut zu haben, der trotz der großen inneren und äußeren Belastungen mehr als vier Jahrzehnte überdauert hat, allerdings um den Preis einer ebenso langen Teilung Deutschlands. Die Ambivalenz der Adenauerschen Politik wird unter dem Eindruck der Vereinigung der beiden deutschen Staaten besonders deutlich. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht wegen, sondern ich möchte fast sagen, trotz der Adenauerschen Politik erfolgt. Nicht die Politik der Entspannung, sondern die Politik der Stärke hat die Etablierung und Festigung des sogenannten Ostblocks auf Jahrzehnte gefördert. Gerade aus der Perspektive der seit 1990 erfolgten Osterweiterung der Bundesrepublik stellt sich manche Frage neu und mit um so größerer Dringlichkeit für das Zusammenwachsen der Menschen in allen Teilen Deutschlands. Inwieweit hat also die Adenauersche Politik und mit ihr die des Westens eine frühere Liberalisierung des Ostens verhindert? Hätte eine flexiblere Politik des Westens die kommunistische Herrschaft nicht viel eher in Bedrängnis gebracht? Hätten, mit anderen Worten, vierzig Jahre deutscher Teilung möglicherweise verhindert oder zumindest verkürzt werden können? Schließlich: Waren die Deutschen respektive die Westdeutschen jemals bereit, einen Preis für die Wiederherstellung der Einheit ihres durch eigenes Verschulden geteilten Landes zu zahlen?

In den 50er und 60er Jahren wurde die Brisanz dieser Fragen durch die fehlende Einsicht in das eigene Verschulden, die Pflege neuer Feindbilder und die Kultivierung nationaler Einheitsrhetorik überdeckt. Heute, nachdem uns die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands – man könnte fast sagen – beim Ausverkauf des sowjetischen Imperiums in den Schoß gefallen ist, reicht die nationale Rhetorik nicht mehr aus. Sie hat uns inzwischen eingeholt. Operative und rhetorische Deutschlandpolitik sind erstmals miteinander in Einklang zu bringen. Nun müssen wir den Preis, nicht nur für die Ursachen, sondern auch für die Folgen der Teilung Deutschlands zahlen, ob wir wollen oder nicht. Ob er höher ausfällt, als er in den 50er Jahren ausgefallen wäre, muß dahingestellt bleiben. (Beifall)

Amtierender Vorsitzender Dirk Hansen: Vielen Dank Herr Dr. Foschepoth. Das Interesse, will ich mal zurückhaltend sagen, steigt zunehmend, hörbar, aber ich bitte Sie, sich doch noch einen Augenblick zu gedulden, denn wir wollen das Quartett komplettieren. Herr Dr. Wettig wird noch eine Spezialfrage behandeln, die ja heute morgen anstehende Thematik der Stalin-Note. Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Sie sehen hier einen ständigen Wechsel des Vorsitzes. Nehmen Sie es als Indiz dafür, daß die FDP die Kontinuität gewissermaßen belegt. Gerade in dem Themenkreis des heutigen Vormittags ist das ja vielleicht nicht ganz unwichtig.

Priv. Doz. Dr. Gerhard Wettig: Herr Vorsitzender, meine Damen und